Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 7
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Bezugspreis 70 und 62. Postzeitg. 39

DESIPAT AUDI FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zeilenpreis: Die Kleinzeile 40 mm-Zeile 0,35 Frk., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Cmk.

Nr. 94 — Saarlouis, Mittwoch, den 24 April 1929. — 58. Jahrgang

Was wird werden?

Die heutige Vollsitzung der Reparationskonferenz.

Paris, 23. April. Lieber die heute vormittag abgehaltene Vollsitzung der Reparationskonferenz, die etwa eine halbe Stunde dauerte, ist folgendes Kommunique ausgegeben worden:

Dem Komitee wurde der Bericht des Unterausschusses der letzten Woche vorgelegt mit der Anzahl, daß über die Ziffern jetzt Einvernehmen erzielt werden könnte. Der Bericht wurde an den Mitte der Kommission gesandt. Darauf entschied das Komitee in der Vollsitzung einstimmig, daß ein Unterausschuß gebildet werden soll, mit dem Auftrage, die Sonderfriedlichen, die in einem Bericht aufgenommen werden sollen, fertigzugen. Die ersten Beratungen jener Gruppe sollen heute Nachmittag beginnen. Man nimmt an, daß während der Beschäftigung mit den Ziffern, über die bereits eine Einigung erzielt worden ist, von den einzelnen Gruppen gleichmäßig Anfragen angeschnitten werden, mit dem Ziele, auch über die Punkte, über die keine Verständigung erzielt werden ist, zu einer Einigung zu kommen. Man erwartet, daß mit diesen Vorgehen nicht nur Zeit gewonnen, sondern daß man bereit die Beilegung des Umfanges der erzielten Verständigung und die Endergebnisse des Komitees führt. Die nächste Vollsitzung wird unerhalb angemessener Zeit auf Veranlassung des Vorsitzenden einberufen werden.

Ueber den Stand der Arbeiten der Reparationskonferenz.

London, 23. April. Reuter meldet aus Paris: Wenn der Sachverständigenausschuß heute zu seiner Plenarsitzung zusammentritt, wird die deutschen und die Delegierten, mit denen Dr. Schacht gestern abend Unterredungen hatte, sich bereits ein Urteil darüber gebildet haben, ob es Zeit hat, die Verhandlungen fortzusetzen, oder ob der Ausschuß beschlossen hat, seinen Bericht an die Regierungen vorzulegen und seine Tätigkeit zu beenden. In deutschen Kreisen herrschte gestern abend wenig Zuversichtung. Französische Kreise waren nicht optimistisch. Die Deutschen waren unbeweglich, aber sie beharrten auf der Ansicht, daß die Tür noch nicht geschlossen ist und daß sie bringend wünschten, wenigstens einen Abbruch zu vermeiden. Indessen besteht der Eindruck, daß sie es ablehnen werden, die alliierten Vorschläge in ihrer jetzigen Form anzunehmen und Poincaren Recht geben, daß auf französischer Seite keine Neigung besteht, die französischen Vorschläge herabzusetzen.

Wir wollen zahlen was wir können.

Paris, 23. April. Die Chicago Tribune veröffentlicht Aeußerungen, die Geheimrat Dr. Vögler einem ihrer Mitarbeiter nach Mitteilung der beiden deutschen Delegierten aus Berlin eingeholt hat. Dr. Vögler habe erklärt, die deutschen Zifferen Angaben seien richtig worden. Wenn es geschehe, dann würde Deutschland die Summen nicht zahlen können, denn sie würden Deutschlands Zahlungsfähigkeit übersteigen. Dr. Vögler habe besonders hervorgehoben, daß die Reichsregierung Dr. Schacht und ihm keinerlei Beschränkungen auferlegt habe. Die deutschen Delegierten seien daher weitestgehend in ihren Entschlüssen gewesen. Er betonte nun nochmals, daß, wollten auch der Ausgang der Konferenz sein möge, die deutschen Delegierten nach ihrer eigenen Ansicht deutlich haben würden. Auf die Frage, was eintreten würde, wenn die Konferenz scheitere, habe Dr. Vögler geantwortet, in diesem Falle werde der Dawesplan unerfüllt in Kraft bleiben, aber weiter zu verlangen als wir können, aber nicht so viel, wie man von uns erfordert hat. Wir können überzeugt nachweisen, wie groß unsere Zahlungsfähigkeit ist. Wir können nicht mehr tun, um die politischen entfalten. Es liegt lediglich den Behauptungen Zustand der deutschen Wirtschaft dar. Dr. Vögler habe auch den amerikanischen Delegierten um Hilfe. Er habe den Vorschlägen der amerikanischen Delegierten um eine unparteiliche Leitung der Konferenz Anerkennung gezollt. Wenn Amerika bei so sich und so profitiertend, daß es nur schwer die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen habe, zu ermessen vermöge. Die amerikanischen Bankschulter hätten ein hohes Verantwortungsgefühl. Es wäre aber nicht leicht die Schwierigkeiten des Lebens in Deutschland und die Lage der deutschen Wirtschaft und Industrie, der es darüberaus an Rohstoffen fehlt, verstehen. Die einzigen Staaten Europa nicht wohl ein Land verstehen, das durch einen schrecklichen Krieg und eine ganze Reihe wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen heimgesucht worden sei. Das seien Wunden, die sehr langsam heilten.

Reichsaußenminister Schneider über den Stand der Reparationsverhandlungen.

Dresden, 23. April. Im einer gestern abgehaltenen Sitzung von Kaufleuten und Industriellen berichtete der neuernannte Reichsaußenministerdie Dr. Schneider über den Stand der Reparationsverhandlungen.

Die Grundlagen seiner Ausführungen bildeten Unterredungen, die er vor einigen Tagen in Paris mit deutschen Sachverständigen und mit Vertretern der Reichsregierung hatte. Mit allem Nachdruck forderte der Redner u. a., daß der im Dawesgutachten ausgesicherte Transferschutz erhalten in Wirksamkeit trete. Zum Schutz führte er aus, daß in Paris Exportverbote durchgeführt würden, wäßten diese in vollem Umfange zur Steuerentrichtung verwendet werden.

Das Urteil der französischen Presse.

Paris, 23. April. In der heutigen Morgenpresse kommt der politische Standpunkt, über den gestern abend bereits berichtet wurde, weiter zum Ausdruck, aber neben ihm auch eine optimistischere Auffassung der Lage.

Es scheint einerseits mit vielen anderen Blättern das Echo der Berichte über Unterredungen und Besprechungen Dr. Schachts zu sein, daß die Verhandlungen ausgeschlossen. Die Blätter sind von dem Eindruck nicht nur beeinflußt, daß die Deutschen pessimistisch, sondern vor allem auch durch den Grundsatz der Unmöglichkeit eines Abbruches des Konferenzlaufes — ausgelöst 13 Millionen Mark von Deutschland an die Alliierten Gläubiger. Es ist möglich, daß in letzter Stunde Curtius Young die Beiden des Sachverständigenausschusses zu retten versucht. Jedoch hält der von den Alliierten Gläubigern gemachten Vorschlägen zu nahe, um die Deutschen von ihrer Weigerung abzubringen. Was eine provisorische Lösung für 10 oder 15 Jahre anlangt, von der man sagt, daß sie Deutschland hat, so will die französische Delegation davon nichts wissen.

Der Matin erklärt: Die Deutschen sind der Gesetzlichkeit und Unbeweglichkeit ihrer Herr und den Schein unbestrittener Verbindlichkeiten hält man, daß, wenn die Delegierten, die den Gläubiger über die Ablehnung der Konferenz ausgeschieden haben, sich letzten Endes aber die Ziffern nicht verbindlichen sollten, sie immerhin den Regierungen einen Rückzug der Wirksamkeit von einem Bericht der Wirksamkeit vorlegen würden, die unzweifelhaft war durch geringe Meinungsverschiedenheiten getrennt sein würden. Ein derartiges Ergebnis würde es gestatten, die Konferenz der Regierungen erfolgreich einzuleiten. Aber neuerdings scheint man sich eigentlich nicht unter Sachverständigen einigen? Alles in allem man man gestern, obwohl die Besprechungen nach der ein wenig trüben Erwartung der letzten Wochen sich arbeitsreich sich angestellen hatten, nicht gewiß, zu verzweifeln. Im Gegenteil, amerikanischerseits hat Owen Young und französischerseits haben Moreau und Clémentel nach ihren Besprechungen mit Dr. Schacht keinen Grund zu Pessimismus und Unbeweglichkeit. Man hat sich heute, daß Scheitern ausgeschlossen. Man hat sich aber nicht berichtet, den Erfolg vorzusingen. Jedoch kann man auf die Ergebnisse der ersten Tage gelegt, daß man, wenn auf jeden Fall die Regierungen nicht verpflichtet werden, in Frankreich Wegen zu sichern.

Der Petit Parisien erklärt: Die Enttäuschung, auf die gewisse Kreise nach der Berliner Reise der deutschen Delegierten gerechnet haben, ist nicht eingetreten. Die Nichtregierung hat sich nach einer Reihe Nachrichten, die Dr. Schachts Versicht und Mäßigung ihren Delegierten gegeben hat, jedoch nicht gezaugt, die Lösungsmöglichkeit Dr. Schachts zu bedauerlichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man in einem anderen Richtung einzuschlagen. Jedoch werden die feierlichen 14 Tage der Abhaltung des Kreisgiers, an der die beiden Regierungen beteiligt sind, ausreichen, einen neuen Minimaljustanzvorschlag zu erreichen, der vielleicht dem Reichstag-Ausschüssen Gelegenheit geben wird, seine Ansicht zu ändern.

Paris, 23 April. Nach seiner Unterredung in Paris hatte Dr. Schach Unterredungen mit Owen Young und Moreau.

In dem Bericht des Sachverständigenausschusses heißt, wonach diese Unterredungen keinen günstigen Verlauf genommen hätten, wird deutschlerseits erklärt, daß man keine Mitteilungen an die Presse geben könne.

Tagesschau

Dr. Ender lehnt das Bundeskanzleramt ab.

Innsbruck, 23. April. Der Tiroler Landtag wählte am Dienstag: Der zum Bundeskanzler designierte Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Ender, der an den Obmann des Christlich-Sozialen Klubs im Nationalrat in Wien das Ersuchen gerichtet, von seiner Person abzusehen, da, die schwere Verantwortung seiner Person, die wegen seiner Altkatholizismusstellung erneut werden müsse, eine längere Entfernung von den Geschäften bedinge.

Nachruf des Reichswehrministers für Prinz Heinrich von Preußen.

Berlin, 23. April. Reichswehrminister Groener veröffentlicht die Reichswehrmachtmeldung anläßlich für den am 20. April 1929 verstorbenen Generalmajor und Generalobersten Prinz Heinrich von Preußen einen Nachruf, in dem es heißt: Nicht aber Jahrzehnte hat er der alten Marine angehört und sich um ihren Aufbau und den Ausbau der Schlagkraft in hervorragender Stellungen, zuletzt als Chef der Hochseeflotte, unvergänglich Verdienste erworben. Im Kriege hatte er als Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte und Verteidigung des Baltenlandes bedeutenden Anteil. Ein hervorlerter Seemann, ein hochverdienter Offizier und ein treuer Kameraden, der bis zuletzt mit der alten Wehrmacht verbunden fühlte, ist mit ihm dahingegangen. Ehre seinem Andenken!

„Graf Zeppelin" zur zweiten Mittelmeerfahrt aufgestiegen.

Friedrichshafen, 23. April. Graf Zeppelin hat heute mittag um 13,32 Uhr unter Führung von Dr. Eckener seine zweite Mittelmeerfahrt angetreten.

Der Aufstieg.

Friedrichshafen, 23. April. Da das unfreundliche, nasskalte, windige Wetter von gestern bis heute mittag in Mittelmeer sich so bessern begonnen hat, hat das Luftschiff Graf Zeppelin, wie bereits gemeldet, heute mittag um 13,32 Uhr unter Führung von Dr. Eckener seine zweite Mittelmeerfahrt angetreten. Der Aufstieg erfolgte bei sehr wolkenverhangenem Himmel und Sonnenschein. Das Luftschiff erhob sich, nachdem es um 13,26 Uhr bei sehr wolkigem Himmelsbild durch das Wetter ausgeschritt worden war, schnell und zeitlich Friedrichshafen in nordwestlicher Richtung. Ueber die genaue Fahrtroute ist nichts bekannt geworden. Es soll die Gibraltarstraße verhalten sein, ihre Entscheidungen erst nach der Abfahrt des Zeppelin zu treffen.

Graf Zeppelin auf der Mittelmeerfahrt.

Friedrichshafen, 23. April. Graf Zeppelin passierte auf seiner Mittelmeerfahrt um 13,50 Uhr die Stadt Konstanz. Um 14,30 Uhr überflog das Luftschiff Waldshut in ziemlicher Höhe. 68 Kilometer in Richtung Basel.

Graf Zeppelin passiert Basel.

Basel, 23. April. Graf Zeppelin erschien um 2,55 Uhr nachmittags über Basel. Das Luftschiff flog verhältnismäßig tief und hat in Fahrt Zeit einen Frachtbahnhof Umkirch. Es nahm Kurs südlicher Richtung auf die Burgunder Pforte zu und verschwand um 3 Uhr in der Ferne.

Zum Lohnschiedsspruch im Ruhrbergbau.

Essen, 23. April. Zum gestern in Dortmund gefällten Schiedsspruch im Bergarbeiterkonflikt erklärten führende prozentige Lohnerhöhung bringt, werden die Arbeitgeber, deren Vertreter für den Schiedsspruch gestimmt haben, zahlenmäßig Angaben machen die Arbeitnehmer voraussichtlich den Schiedsspruch ablehnen, und zwar mit der Begründung, daß die Arbeitgeber von der Lohnprozentzahl Lohnzulage nur 0,65 Prozent ausmachen, die Arbeitnehmer dagegen 1,1 Prozent bei Stück in Form der den Arbeitern zugebrachten Sonderleistungen der Knappschaft übernehme. Diese Unterstützung jedoch sei den Arbeitern bereits vor der Lohnerhöhung zugesagt gewesen. Was diesen Erwägungen heraus werden die Bezirksorganisationen, wie man annimmt, kommenden Sonntag den Schiedsspruch ablehnen.

Essen, 22. April. Der für den Ruhrbergbau gefällte Lohnschiedsspruch sieht in seinem Hauptteil eine Lohnerhöhung von formell 2 Prozent vor. Der neue Tarifvertrag tritt am 1. Mai in Kraft und läuft bis zum 30. September 1930.